

**Datenschutzinformation  
zum 2. Opferschutztag „Neue Herausforderungen im Opferschutz“  
der Stabsstelle Opferschutz im Ministerium für Justiz und Gesundheit und  
der Opferschutzbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein**

**Informationspflicht bei Erhebung von personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person nach Artikel 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)**

Mit diesen Datenschutzhinweisen informiert Sie das Ministerium für Justiz und Gesundheit des Landes Schleswig-Holstein nachstehend gemäß Art. 13 DSGVO über die Verarbeitung Ihrer Daten zu Ihrer Anmeldung zur Teilnahme an der Fachveranstaltung zum 2. Opferschutztag der Stabsstelle Opferschutz im Ministerium für Justiz und Gesundheit und der Opferschutzbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein am 4. Dezember 2023.

Verantwortlich für die Datenerhebung ist das  
Ministerium für Justiz und Gesundheit  
des Landes Schleswig-Holstein  
Lorentzendam 35, 24103 Kiel  
[poststelle@jumi.landsh.de](mailto:poststelle@jumi.landsh.de)

Die Beauftragte für den Datenschutz ist erreichbar unter:  
Ministerium für Justiz und Gesundheit  
des Landes Schleswig-Holstein  
Datenschutzbeauftragte  
Lorentzendam 35  
24103 Kiel  
[Datenschutzbeauftragte@jumi.landsh.de](mailto:Datenschutzbeauftragte@jumi.landsh.de)

Ihre Daten werden erhoben und sind erforderlich, damit Sie an der Veranstaltung teilnehmen können. Ihre Daten werden auf der Grundlage von Artikel 6 Absatz 1 lit c) DSGVO i.V.m. § 3 Absatz 4 OUG verarbeitet. Ihre Daten werden nach der Erhebung beim Ministerium für Justiz und Gesundheit so lange gespeichert bis ihre Verarbeitung für die Abwicklung der Veranstaltung nicht mehr notwendig ist, Artikel 17 Absatz 1 lit. a) DSGVO. Mit dem technischen Betrieb unserer Datenverarbeitungssysteme ist Dataport als Anstalt des öffentlichen Rechts des Landes Schleswig-Holstein beauftragt.

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen (Art. 17, 18, 21 DSGVO). Sollten Sie von Ihren o.g. Rechten Gebrauch machen, prüft das MJG, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Wenn Sie sich an die Landesbeauftragte für den Datenschutz wenden möchten, können Sie sie wie folgt kontaktieren:

Landesbeauftragte für Datenschutz in Schleswig-Holstein  
Holstenstr. 98  
24103 Kiel  
[mail@datenschutzzentrum.de](mailto:mail@datenschutzzentrum.de)  
Telefon: 0431-988-1200  
Fax: 0431-988-1223